

Hansjürgen Koschwitz

Die politische Wochenpresse in der Bundesrepublik

Die Geschichte der gedruckten periodischen Presse beginnt in Deutschland nicht mit der Tages-, sondern mit der Wochenzeitung. Die ersten Wochenblätter erschienen um das Jahr 1600; als die ältesten, z. T. in vollständigen Jahrgängen überlieferten Wochenzeitungen gelten die „Straßburger Relation“ des Johann Carolus und der „Wolfenbütteler Aviso“ aus dem Jahr 1609. Bereits 1620 waren in zehn deutschen Städten wöchentlich edierte Periodika bekannt.

War die Wochenzeitung auch Vorläuferin der Tageszeitung, so läßt sich dennoch nicht von einer Tradition der heutigen Wochenpresse sprechen, deren Entstehung und Aufschwung allein aus den Gegebenheiten des Pressewesens der Nachkriegszeit zu erklären ist und die somit ihre Wurzeln nicht aus der Pressehistorie herleiten kann. Die Wochenzeitung des 17. Jahrhunderts entsprang dem wachsenden Bedürfnis nach Informationen, nach *sensations nouvelles*. Das Raisonnement oblag ihr nicht. Die Wochenzeitung der Gegenwart verdankt ihre Verbreitung und Bedeutung hingegen weit mehr dem Verlangen des Lesers nach Deutung der Meldungen und Neuigkeiten, die ihm von den anderen Massenmedien vermittelt werden, dem Wunsch des Publikums nach tieferer Einsicht in die Hintergründe der Geschehnisse, nach Ausdeutung der Ereignisse, vor allem nach dem sachkundigen Urteil des Fachkenners.

Politische Wochenpresse und Meinungsbildung

Die politische Wochenpresse hebt sich wesensmäßig von der Tagespresse ab. Während die Tageszeitungen des Wilhelminischen Reichs, auch noch die der Weimarer Republik, großenteils offen Parteilichkeit, Parteiorientierung verrieten, damit aber in stärkerem Maß der Meinungspresse, auch der politischen Kampf- oder Gesinnungspresse zuzuordnen waren¹, knüpfte die bundesdeutsche Tagespresse nach 1945 nicht mehr an diese Überlieferung an. Nun entscheidend durch das Vorbild des angelsächsischen Journalismus geprägt, grenzte sie deutlicher die informationspolitischen und die eigentlich meinungsbildenden Funktionen der Zeitung voneinander ab. Im Gefolge der schärferen Trennung von Faktendarbietung und Kommentierung, von Referat und Raisonnement ergab sich jedoch bereits in den fünfziger Jahren eine merkliche Tendenz zur einseitigen Ausweitung des Nachrichtenteils der Zeitung.

¹ Die im Vergleich zur Gegenwart weit größere Bedeutung des Leitartikels in der Presse vor 1933 ist nur eines der zahlreichen Indizien.

Damit vollzog die deutsche Presse einen Prozeß, der sich schon früher in westeuropäischen Ländern angebahnt hatte.

Überdies legten die Tageszeitungen zunehmend Wert auf parteipolitische Neutralität, wodurch sie sich jedoch bald dem Vorwurf aussetzten, auf das einst erworbene Privileg der politischen Meinungsführung zu verzichten: „Die moderne Massenpresse kann zwar vorhandene Meinungen und Stimmungen verstärken, aber sie ist einflußlos, wenn sie neue Ideen und Interessen proklamiert, ihr politisches Eigengewicht ist gleich Null.“² Als Parteiblätter verloren die Tageszeitungen ihren Rang als propagandistisches und organisatorisches Zentrum politischer Gruppierungen. Aus der *presse d'opinion* der Zeit vor 1933 wurde mehr und mehr eine *presse d'information*³.

Der offenkundige Hang der Tagespresse zu parteipolitischer Anonymität, die Uniformierung des politischen Ressorts bei einem Teil der Regionalpresse trugen gewiß zu einer Lockerung der früheren emotionalen Bindung des mehr als nur die Information suchenden Lesers an die Zeitung bei. Der allgemeine Trend zur Massenpresse mag bewirkt haben, daß sich gerade die politisch engagierten Leser von der Zeitung zu entfremden begannen, denn: „... seine eigene Meinung und die seiner Genossen in Bekenntnis, Interessen, Partei, will der normale Zeitungsleser in seiner Zeitung ausgesprochen, verdeutlicht, bestätigt finden, um wiederum *sich* in seiner Meinung bestärken und ermutigen zu lassen.“⁴ Eine solche Möglichkeit bot nun weit eher die politische Wochenpresse, die jetzt einen Teil all derjenigen Funktionen übernahm, welche der Tagespresse einstmals vorbehalten waren.

In typologischer Hinsicht haben die Wochenzeitungen eine Zwischenstellung zwischen den Tageszeitungen und den Zeitschriften inne, was sich in der Vielfalt ihrer terminologischen Bezeichnungen ausdrückt: Wochenzeitung, Wochenschrift, Wochenzeitschrift, Wochenblatt⁵. Wenn Emil Dovifat die Aufgabe der Zeitung dahingehend definiert, daß sie „jüngstes Gegenwartsgeschehen in kürzester, regelmäßiger Folge der breitesten Öffentlichkeit zu vermitteln habe“⁶, wenn Wilmont Haacke andererseits das Spezifikum der Zeitschrift darin sieht, daß sie „sich im Gegensatz zur Zeitung weitgehend von den Aktualitäten des Tages distanziert“, daß sie „sich vorwiegend einem überschaubaren Interessentenkreis zuwendet“ und nicht nach „uneingeschränkter Publizität trachtet“⁷, so muß eine Begriffsbestimmung der Wochenzeitung Elemente beider Definitionen in sich aufnehmen: Wochenzeitungen weisen allgemein kürzere Periodizitätsintervalle auf als Zeitschriften, stehen demgemäß dem aktuellen Gegenwartsgeschehen merklich näher, sprechen aufgrund ihrer oft profilierten parteipoliti-

² Walter Hagemann, *Dankt die Presse ab?* (München 1957) 149.

³ Vgl. Wilmont Haacke, *Publizistik und Gesellschaft* (Stuttgart 1969) (s. bes. das Kapitel: *Zeitung und Gesellschaft*); Jacques Kayser, *Mort d'une liberté* (Paris 1955).

⁴ Ferdinand Tönnies, *Kritik der öffentlichen Meinung* (Berlin 1922) 94.

⁵ Vgl. hierzu auch Otto Groth, *Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik) I* (Berlin 1960) 401.

⁶ Emil Dovifat, *Zeitungslehre I* (Berlin 1967) 8.

⁷ Wilmont Haacke, *Erscheinung und Begriff der politischen Zeitschrift* (Tübingen 1968) 9.

schen, weltanschaulichen oder konfessionellen Orientierung ein begrenztes Publikum an und sind folglich nicht durch das gleiche Publizitätsstreben gekennzeichnet wie die Tageszeitungen.

In den Inhalten der Wochenblätter genießt die wertende, qualifizierende Argumentation Vorrang vor der Nachrichtenvermittlung⁸. Die aktuellen Informationen dienen hauptsächlich als Hintergrund der Kommentierung, als Beleg für die Interpretation des Geschehens. Doch kann jenseits des Kommentierens und Wertens die Wochenpresse auch dabei helfen, die oft schwer überschaubare Vielzahl der Einzelinformationen sinnvoll zu ordnen und deren Kontext durch klärende Ergänzungen zu erhellen. Sie wird eher in der Lage sein, aus größerer Distanz zu den Tagesereignissen diejenigen Nachrichten als ephemere auszusondern, die rasch jegliche Aktualität verloren haben, und solche Meldungen auszudeuten suchen, denen mehr als lediglich momentaner Wert zukommt. Sie wird die sensationelle Augenblicksinformation eher von dem echten Ereignis zu scheiden und dieses in instruktiver Form darzubieten wissen. „Diese Form zu finden, ist die Kunst der Wochenzeitung. Sie geht mit den Nachrichten behutsam um, die sie nach Rang und Bedeutung einordnet, die gestern groß und nach neuesten Informationen heute kleiner sein mögen. Der Leser hat den Vorteil des Überblicks, wenn es die Wochenzeitung versteht, die Nachrichten zum gleichen Thema der Woche zu einem Bericht zusammenzuführen. Er gibt die Übersicht, die der Leser braucht, um den Zusammenhang erkennen zu können, dessen Kenntnis ihm ein zuverlässiges Urteil erlaubt. Die Verwirrung der Einzelheiten und Vielfalt wird geringer, die Möglichkeit des Verstehens der Ereignisse größer.“⁹

All jene Eigenschaften rücken die Wochenzeitungen in die Nähe der Zeitschriftenjournalistik: „Politische Zeitschriften erschienen und erscheinen gerne als Wochenzeitungen, womit sie zwar den Zeitungen äußerlich ähneln. Nach ihrem Gehalt jedoch sind sie zu den Zeitschriften zu zählen“.¹⁰

Ein anderes Merkmal, welches die Distanz der Wochenzeitung zur Tageszeitung und ihre Verwandtschaft mit der Zeitschrift anzeigt, ist die „mitunter überlegene stilistische Form“¹¹, die Abgewogenheit der Darstellung, die Verfeinerung der im Tagesjournalismus zwangsläufig vernachlässigten sprachlichen Diktion. Doch ist ein solches Kennzeichen diesem Presstyp naturgemäß allein in seinen vornehmeren Ausprägungen zu eigen.

⁸ Fritz Sänger, Wochenzeitungen müssen Farbe bekennen, in: Vorwärts, Nr. 41, 5. 10. 1966.

⁹ Ebd.

¹⁰ Wilmont Haacke, Die politische Zeitschrift 1665–1965, I (Stuttgart 1968) 47. Vgl. ferner: Hermann Meyn, Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland (Berlin 1968) 46: „Die Wochenzeitungen ... haben ... einen neuen Zeitungstyp in Deutschland begründet, dem es im Gegensatz zur Tagespresse weniger auf die Veröffentlichung von Nachrichten als auf ausführliche Analysen und Kommentare, auf die Einordnung tagesaktueller Ereignisse in größere Zusammenhänge ankommt.“ Hiermit wird ebenfalls der Zeitschriftencharakter der Wochenpresse angedeutet.

¹¹ Wilmont Haacke, Die politische Zeitschrift, in: Emil Dovifat, Handbuch der Publizistik III (Berlin 1969) 478.

Größere Nähe zur Zeitschrift beweist die Wochenzeitung auch in bezug auf die publizistischen Aussageformen. Meinungsstilformen überwiegen gegenüber den Nachrichtenstilformen. So, wie sich die Nachricht zum Bericht weitet, geht der Bericht seinerseits leicht in den Kommentar über. Wo die Tagespresse informieren will, wird hier gewertet und gewogen.

Was unterscheidet nun aber die politische Wochenzeitung von den politischen und kulturpolitischen Zeitschriften? Vor allem ist hinzuweisen auf die größere Mannigfaltigkeit der inhaltlichen und auch der formalen Gestaltung. Dort, wo die politischen Zeitschriften ihren thematischen Schwerpunkt auf einzelne spezielle Sachgebiete legen, aus der Vielfalt der von den anderen Medien gemeldeten Geschehnisse eine Auswahl treffen oder aber sich gänzlich durch inhaltliche Kollektivität, d. h. die grundsätzliche Beschränkung auf einen bestimmten Sektor des staatlich-gesellschaftlichen Lebens auszeichnen, bemüht sich die Wochenzeitung um Universalität: alle Themenbereiche aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Religion sollen erfaßt werden. Dank ihrer kürzeren Periodizität gelingt es ihr, das zeitungsspezifische Merkmal universeller Berichterstattung mit der wesentlichen zeitschriftenspezifischen Eigenheit zu vereinen: die Ereignisse aus wohlabgemessenem Abstand zu prüfen, sie einzuordnen und „die von ihr gebündelten Einzelheiten mit wertendem Urteil zu versehen“¹².

Als Konsequenz ergibt sich hieraus, daß an das fachliche Niveau und die journalistische Leistung der Wochenschriften von dem Leser weit höhere Ansprüche gestellt werden als an die Blätter der Massenpresse, so daß die Redaktionen einen erstklassigen Kreis von Mitarbeitern um sich scharen müssen. Es ist überdies zu beachten, daß sich die Leserschaft der politischen Wochenpresse zu einem erheblichen Prozentsatz aus Angehörigen gehobener Bildungsschichten zusammensetzt, wobei die akademisch qualifizierten Leser im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt häufig überrepräsentiert sind. Aufgrund genauer Leserschaftsanalysen ist das Publikum der Wochenpresse weitgehend mit der politisch meinungsführenden Schicht identifiziert worden: es sind „diejenigen, die bereit und in der Lage sind, aktiv in ökonomische und gesellschaftliche Prozesse einzugreifen, die kraft ihres Wissens und ihrer Intuition das sich in unerhörtem Tempo verändernde Weltbild mitgestalten“¹³. Wochenzeitungen wenden sich an eine Zielgruppe, an einen bildungsmäßig einheitlicheren Leserkreis, als ihn die Tagespresse anspricht. Eine derartige soziologische Homogenität der Leserschaft weisen von den Kommunikationsmitteln im wesentlichen nur Wochenzeitungen und Zeitschriften auf.

¹² Wilmont Haacke, *Die politische Zeitschrift* a. a. O. 12 f.

¹³ Friedrich Landgraf, *Die politischen Wochenzeitungen als Meinungsbildner und Werbeträger*, in: Zeitungsv Verlag und Zeitschriftenverlag (ZV + ZV) 65 (1968) 1830. Vgl. auch: Karl Grün/Hiltrud Sliwka, *Marketing und Imagepflege der meinungsbildenden Wochenpresse*, in: ZV + ZV 66 (1969) 1070 ff.

Die politische Wochenpresse der Bundesrepublik im Überblick

Hat die nach 1945 in Deutschland entstehende politische Wochenpresse auf unmittelbare in- oder ausländische Vorbilder oder Vorläufer zurückgreifen können?

Walter Fabian¹⁴ nennt in diesem Zusammenhang die von 1895 bis 1933 in Berlin herausgegebene, seit 1901 von Hellmut von Gerlach redigierte „Welt am Montag, Unabhängige Zeitung für Politik und Kultur“. Diesem Blatt blieb trotz seines über das engere Lokalgeschehen hinausreichenden Inhalts und seiner effektvollen innen- und außenpolitischen Leitartikel der Durchbruch versagt. In jenen Jahrzehnten vermochte sich der Typ Wochenzeitung augenscheinlich noch nicht einzubürgern.

Indirekt gehört zu den Vorläufern der deutschen Wochenpresse die britische Sonntagszeitung „Observer“: insofern nämlich, als ihr Vorbild zu Beginn des 2. Weltkriegs einige Nationalsozialisten zur Gründung der Wochenzeitung „Das Reich“ inspirierte, die von Mai 1940 bis April 1945 erschien¹⁵. Entsprechend ihrer Zielsetzung erfüllte sie eine rein propagandistische Funktion im System einer totalitär gesteuerten Publizistik; sie diente als ein „Blatt zur Verklärung der Gewalt“¹⁶. Doch wurde durch „Das Reich“ ein breiterer Leserkreis in Deutschland zum ersten Mal mit dem neuen Presstyp Wochenzeitung bekannt – wenigstens in dieser Hinsicht eine positive Wirkung.

Kurz nach dem Zusammenbruch des 3. Reichs sind in Deutschland die ersten Wochenzeitungen ins Leben gerufen worden, als erste bereits 1946 „Die Zeit“ und der „Rheinische Merkur“¹⁷, wenige Jahre später „Christ und Welt“ und das „Sonntagsblatt“. Heutzutage sind Neugründungen eine Rarität. Wie schwierig sie geworden sind, zeigt das Beispiel des gescheiterten Projekts Rudolf Augsteins, in Berlin unter dem Titel „Heute“ ein „progressives“ Wochenblatt zu edieren, zeigt auch das – einstweilen – geglückte Experiment der katholischen Wochenschrift „Publik“. Für Wochenzeitungen trifft längst nicht mehr zu, was Harry Pross an den Zeitschriften zu rühmen wußte: das „billigste aller Kommunikationsmittel“ zu sein¹⁸.

Die Gesamtauflage der politischen Wochenpresse ist mit nahezu 1,5 Millionen anzusetzen¹⁹, eine Zahl, die vergleichsweise beträchtlich von den Auflageziffern anderer Pressegeattungen absticht, vor allem von denen der Massenpresse und der sogenannten

¹⁴ Walter Fabian, Die Wochenzeitungen, hrsg. v. Harry Pross, in: Deutsche Presse seit 1945 (Bern, München 1965) 160.

¹⁵ Vgl. Hans Dieter Müller, Porträt einer deutschen Wochenzeitung, in: Facsimile Querschnitt durch Das Reich, eingeleitet von Harry Pross, hrsg. v. Hans Dieter Müller (Bern, München 1964) 9 f.

¹⁶ Die Zeit, Nr. 49, 4. 12. 1964.

¹⁷ Zu beiden siehe: Alfred Pressel, Der „Rheinische Merkur“ und „Die Zeit“. Vergleichende Inhaltsanalyse zweier Wochenzeitungen von verschiedener weltanschaulicher Orientierung (Berlin 1968).

¹⁸ Harry Pross, Literatur und Politik. Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870 (Olten 1963) 10.

¹⁹ Meyn a. a. O. 46, gibt 1/2 Million an, eine Zahl, die jedoch korrigiert werden muß.

Publikumszeitschriften. Doch ist – auch empirisch – längst der Nachweis erbracht worden, daß Auflagehöhe und politische Wirkung durchaus nicht miteinander zu korrelieren brauchen²⁰.

Die Wochenblätter der politischen Linken

Das Privileg, sich als die traditionsreichste politische Wochenzeitung in Deutschland zu bezeichnen, gebührt dem sozialdemokratischen Parteiblatt „Vorwärts“, dessen Geschichte bis in die Anfänge der sozialdemokratischen Partei zurückreicht, bis in jene Zeit, als die deutschen Sozialisten eine eigene Parteiorganisation aufzubauen begannen. Zu den Vorläufern dieser Wochenschrift wird zuweilen die von Karl Marx im Revolutionsjahr 1848 gegründete und von ihm redigierte „*Neue Rheinische Zeitung*“ gezählt, die wegen ihrer allzu revolutionären Forschung in die Bannmeile der Zensur geraten und schon 1849 verboten worden war. Direkte Vorgänger des „Vorwärts“ sind jedoch in der Hauptsache das Organ der Lassalleaner „*Neuer Sozialdemokrat*“ (Berlin) und das von Wilhelm Liebknecht geleitete Zentralblatt „*Volksstaat*“ (Leipzig), die – entsprechend einem Beschluß des Gothaer Vereinigungsparteitags von 1875 – zusammengelegt wurden und fortan unter dem Namen „Vorwärts“ erschienen²¹. Bis zum Verbot im Jahr 1933 war er ein ausgesprochen sozialistisches Kampfblatt, ein Beispiel engagierter Partei- und Meinungspressen. Als Parteiorgan versteht sich der „Vorwärts“ auch in der Gegenwart: „Wenn wir... von dem CSU-eigenen ‚Bayernkurier‘ einmal absehen, so ist der ‚Vorwärts‘ die einzige Zeitung in der Bundesrepublik (Zeitschriften natürlich nicht gerechnet), die offiziell und uneingeschränkt als Parteizeitung auftritt.“²² Doch täuscht man sich in der Redaktion keineswegs über die psychologisch bedingten Hindernisse hinweg, die der Verbreitung und der Glaubwürdigkeit eines solchen Parteiblatts heutzutage entgegenstehen, und verhehlt nicht, daß der Zeitungsleser leicht dazu neigt, Meinungsgebundenheit mit Einseitigkeit und Mangel an Objektivität gleichzusetzen, und daß eine sich als unabhängig oder überparteilich deklarierende Presse oft weniger Vorurteilen begegnet.

In der Jubiläumsausgabe zum 90jährigen Bestehen des „Vorwärts“ hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in einem Leitartikel die zweifache Aufgabe der sozialdemokratischen Parteizeitung unter den veränderten Bedingungen unseres Jahrzehnts präzisiert: „Der heutige ‚Vorwärts‘ erscheint im Gewande einer modernen Wochenzeitung.

²⁰ Besonders kraß zeigt sich dieses Mißverhältnis an den Illustrierten, die – ungeachtet ihrer starken Verbreitung – von lediglich 10% der Bevölkerung als das glaubwürdigste Informationsmedium genannt werden (vgl.: *Der Volkswirt*, 22 [1968] Nr. 28).

²¹ Zur Geschichte des „Vorwärts“ vgl.: Paul Mayer, Vom Vereinsorgan zur modernen Zeitung. Die sozialdemokratische Presse im Wandel der Zeit, in: *Vorwärts*, Nr. 41, 5. 10. 1956; Kurt Koszyk, *Vorwärts*, in: *Staatslexikon* 8 (Freiburg 1963) 391 ff.

²² Jesco von Putkamer (Chefredakteur), in: *Vorwärts*, Nr. 41, 5. 10. 1966.

Es ist auch dann für ihn nicht einfach, den Einfluß der alten in Berlin erscheinenden Tageszeitung zu erreichen, wenn man davon ausgeht, daß die seriösen politischen Wochenzeitungen nach dem Kriege im politischen Leben der Bundesrepublik einen beachtlichen Platz einnehmen. Die Redaktion hat zwei verschiedene publizistische Aufgaben zu erfüllen. Sie muß einerseits mit vergleichbaren politischen Publikationen konkurrieren können, und sie muß die Partei publizistisch repräsentieren. Sie soll andererseits auch den ständigen informatorischen Kontakt zwischen Parteiführung und Anhängern der Partei herstellen und pflegen.“²³

Seit seiner Gründung ist der „Vorwärts“ ein Spiegelbild der wechselvollen Parteigeschichte gewesen. Zuweilen schien es sein Schicksal zu sein, „die Konflikte vorwegzuerleben, die der Partei drohten“²⁴. Die Polemik des „Vorwärts“ der Jahre 1915/16 gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kündigte einst die Spaltung der Partei an; der Austritt der Mitarbeiter Gleissberg und Gottschalk aus der Redaktion im Jahr 1954 und die darauf folgende Gründung der linksradikalen „Anderen Zeitung“ ließen kommende Auseinandersetzungen der SPD mit extremistischen Strömungen ahnen.

Der politische Journalismus des „Vorwärts“ ist in früheren Jahrzehnten von anderen sozialdemokratischen Parteizeitungen übertroffen worden, und auch heute zählt das Blatt mit 64 500 Exemplaren pro Ausgabe (1968)²⁵ nicht zu den auflagestärksten Periodika der Wochenpresse. Für die Anhänger der Partei erhält diese Wochenzeitung jedoch, dank ihrer langen und das Werden der SPD nachzeichnenden Geschichte, gleichsam Symbolwert: sie „signalisiert, daß da im Godesberger Exil ein rührendes Stück Tradition mit Schweiß und Tränen in eine ungewisse Zukunft hinübergerettet wird“²⁶.

Über „Die Andere Zeitung“, ein Blatt des linken Radikalismus, ist vom Leser unlängst das Urteil gesprochen worden. Nach fast 14jährigem Bestehen wurde sie Anfang 1969 eingestellt (Auflage zuletzt 35 000). Sie trug in den letzten Jahren den Untertitel „Die kritische Wochenzeitung der Linken“ und sah sich von Anbeginn als Forum all derjenigen Kräfte, die die Integration der SPD in die westdeutsche Gesellschaftsordnung als Abkehr von der sozialistischen Tradition empfanden. In einem 1965 veröffentlichten Rückblick hat Chefredakteur Gleissberg dieses Motiv als für die Gründung der Wochenzeitung maßgebend bezeichnet: „Die ‚Andere Zeitung‘ war notwendig geworden, ... als die sogenannten ‚Neuerer‘ in der Führung der SPD hinter den Kulissen den großen Umfall der Partei, die Kehrtwendung von der Opposition zur Gleichschaltung ... vorzubereiten begannen.“²⁷

²³ Willy Brandt, Jede neue Ausgabe bestätigt den Rang einer Zeitung, in: Vorwärts, Nr. 41, 5. 10. 1966.

²⁴ Süddeutsche Zeitung, Nr. 243, 11. 10. 1966.

²⁵ Diese und die weiteren Auflageangaben sind entnommen aus: Willy Stamm, Leitfaden für Presse und Werbung, 22. Ausg. (Essen 1969).

²⁶ Süddeutsche Zeitung a. a. O.

²⁷ Die Andere Zeitung, Nr. 19, 13. 5. 1965.

Das Ende dieses einst prominentesten Organs der radikalen Linken in der Bundesrepublik wurde von den Freunden des Blatts bezeichnenderweise als Symptom dafür gedeutet, daß eine Massenbasis für eine sich von der SPD abhebende linke Politik nicht zu gewinnen sei: „Daß nunmehr diese Plattform für ein politisches Gespräch nicht mehr gegeben sein wird, ist ein Zeichen . . . , daß in der Linken jene Demokratie weithin nicht ernstgenommen wird, für die die Linke eintritt.“²⁸

Zu vermuten ist, daß nicht allein Leserschwund und „Anzeigenboykott“ für das Ende der „Anderen Zeitung“ ausschlaggebend waren, sondern auch die bevorstehende Gründung einer Wochenzeitung der neuen Kommunistischen Partei (DKP), die dann im April 1969 unter dem Titel *„Unsere Zeit“* (Sozialistische Volkszeitung) mit einer Startauflage von 100 000 Exemplaren auf den Markt kam. Eine gegenseitige Konkurrenz mehrerer gleichgesinnter Wochenblätter wäre kaum im Interesse der links von der SPD plazierten oppositionellen politischen Gruppierungen gewesen. Somit lag eine Konzentration – auch der finanziellen Subsidien – nahe.

Zu dem Kreis der linksorientierten politischen Wochenzeitungen gehört auch die vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene *„Welt der Arbeit“*, deren Gründung im Oktober 1949 auf einen Beschluß des ersten DGB-Kongresses zurückging, und die seitdem als offizielles Publikationsorgan der Gewerkschaften fungiert (Auflage: 186 000). Die enge Verbindung dieser Wochenzeitung mit der Gewerkschaftsorganisation kommt in der Teilnahme ihres Chefredakteurs an den Sitzungen des Bundesvorstands und des Bundesausschusses zum Ausdruck.

Die *„Welt der Arbeit“* war das erste Gewerkschaftsblatt, das bewußt mit der Tradition gewerkschaftlicher Publizistik brach und sich an eine breitere Öffentlichkeit wandte. Seine Aufgabe bestand darin, „ein großes Publikum ohne Rücksicht darauf zu erfassen, ob dieses bereits den Gewerkschaften angehört oder nicht. Sie wirbt in größtem Maßstab für die gewerkschaftliche Idee. Sie wendet sich an Freund und Gegner, an Gewerkschaftsmitglieder und Gleichgültige, kurzum an Menschen schlecht-hin, die eine gute Wochenzeitung haben wollen.“²⁹

Der Trend zur Anpassung an die formale Erscheinung der Publikumspresse beeinflußte auch die äußere Gestaltung dieser Wochenzeitung. Während der zwei Jahrzehnte ihres Bestehens wandelte sie ihr Gesicht erheblich und legte überholtes, in Klassendenken befangenes Pathos ab; sie wird nun „sensationell aufgemacht“, doch „seriös geschrieben“. Der Zug zur Feuilletonisierung führte zu einer allmählich immer stärkeren Bevorzugung unterhaltender Stilformen. Dessenungeachtet blieben politische, soziale und wirtschaftliche Themen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Die spezifisch gewerkschaftlichen Standpunkte äußerte man nun nicht weniger nachdrücklich als in den Jahren des Aufbaus und polemisierte nicht minder scharf gegen die Gegner gewerk-

²⁸ Die Andere Zeitung, Nr. 9, 27. 2. 1969. Vgl. auch: H.-D. Sander, Ein Hauch von Feierabend. Die „Andere Zeitung“ und die anderen Zeitungen der Sozialisten, in: Die Welt, Nr. 80, 6. 4. 1967.

²⁹ Klaus Besser, Die Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Hanns P. Schlobben und Richard Kirsten (Hrsg.), Die Deutsche Gewerkschaftspresse (Köln 1961) 82.

schaftlicher Politik. Als Sprachrohr des DGB gibt die „Welt der Arbeit“ auch heute unmißverständlich zu erkennen, wie wenig sich die Gewerkschaften mit der innenpolitischen, speziell der wirtschaftspolitischen Konzeption der bürgerlichen Parteien zu versöhnen bereit sind. So unterscheidet diese Wochenzeitung vom „Vorwärts“, mit dessen grundsätzlicher Einstellung zu politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemen sie enge Verwandtschaft zeigt, ein merklich höherer Anteil an sozialkritischen Beiträgen, in denen oft genug Themen gestreift werden, die in der gängigen Boulevardpresse allein aus Erwägungen der Publicity-Wirksamkeit Erwähnung finden.

Ein theoretisches Blatt kann die „Welt der Arbeit“ wahrlich nicht genannt werden. Vielmehr sind es überwiegend konkrete Alltagsfragen, welche die Redaktion aufgreift und die als Ausgangspunkt der Argumentation dienen. Daß eine publikumsbezogene Massenzeitung und nicht eine theoretisch-politische Kampfschrift die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit repräsentiert, ist mehr als nur ein Tribut an den herrschenden Lesergeschmack, sondern stellt gleichzeitig eine Absage an die Propaganda eines unzeitgemäßen Klassenkampfes dar.

Die Wochenblätter der politischen Rechten

Ausdrücklich waren anlässlich des 90jährigen Jubiläums des sozialdemokratischen „Vorwärts“ im Jahr 1966 diese Wochenzeitung sowie der CSU-eigene „Bayernkurier“ als die einzigen Repräsentanten einer parteigebundenen Wochenpresse bezeichnet worden. Wenige Jahre später trifft dies nur noch bedingt zu, da die radikalen Parteien der Rechten wie der Linken jetzt über eigene Organe verfügen. Doch von diesen abgesehen stellt der von F. J. Strauß herausgegebene „Bayernkurier“ (Auflage: 99 000, gegründet 1950) tatsächlich eines der wenigen Beispiele traditioneller Parteipublizistik in der Bundesrepublik dar.

Der Aufstieg dieses Blatts vom biedereren Informationsorgan für CSU-Mitglieder zur militanten Streitschrift begann, als sich Strauß im Sommer 1963 vorerst aus der Bundespolitik zurückzog und als es ihm gelang, seine Stellung als Vorsitzender der bayerischen Union zu festigen. Der Wandel des „Bayernkurier“ zu einer allgemein politischen Publikation war begleitet von einer spürbaren Änderung der redaktionellen Linie. Seine mit äußerster Schärfe vorgetragenen Angriffe gegen die Bonner Regierungsprominenz oder gegen die Regierungspolitik³⁰, die härteste Kompromißlosigkeit, mit der Thesen verteidigt und Gegenpositionen – vor allem der Sozialdemokraten und Gewerkschaften – attackiert wurden, entzündeten stets von neuem den Disput um die Zeitung der bayerischen Union. Auch hatte die sogenannte „Filsler-Brief-Affäre“ des Sommers 1963, als der „Bayernkurier“ ein antiklerikales Pamphlet veröffentlichte, manchen Unmut in

³⁰ Vgl. z. B. Peter Pragal, Weiß-blaue Pfeile auf die schwarz-rote Koalition, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 97, 23. 4. 1969.

Kreisen der Geistlichkeit und des als konservativ geltenden CSU-Fügels zur Folge. Zudem wurde das Blatt sehr rasch Zielscheibe der Polemiken anderer Wochenzeitungen, die die journalistischen Praktiken der Redaktion abfällig beurteilten: „So kommt zur Beschränkung auf wenige Provokationsthemen die Einseitigkeit, eine Redaktionspolitik der Lücke. Wer Zusammenhänge und Nuancen außer acht läßt, sich mit Prämissen und Einzelheiten nicht aufhält, hat es leicht, kräftig ins Horn zu stoßen.“³¹

Kritische Stimmen steigerten solche Polemik zu dem unüberlegten Vorwurf, der „Bayernkurier“ gerate in gefährliche Nähe der rechtsextremistischen NPD-Presse oder gar der „Deutschen National-Zeitung“³². Das Organ des linken SPD-Flügels „express international“ ließ sich sogar zu der Ansicht verleiten, die CSU-Zeitung entwickle sich „zum Zentralorgan neofaschistischer Ideologie des dritten deutschen Imperialismus“.

Es sollte hier jedoch eine deutliche Grenze gezogen und der Abstand des „Bayernkurier“ von der rechtsradikalen Wochenpresse markiert werden. Nicht wenige Gegner des Münchner CSU-Blatts scheinen es allerdings just an der Eigenschaft fehlen zu lassen, die sie selbst beim „Bayernkurier“ so sehr zu vermissen meinen: an der Fähigkeit zur nuancierenden Analyse. Mag auch im „Bayernkurier“ ein allzu streitbarer Konservativismus in Argumentation und Sprache gepflegt werden, so ist ihm andererseits kaum anzulasten, einer Propagierung grundsätzlicher politischer Intoleranz das Wort zu reden oder gar eine Apologie der Gewalttätigkeit zu predigen.

Genau das aber ist Glaubensbekenntnis der rechtsextremen Wochenpresse, wie sie vor allem durch die „Deutsche National-Zeitung“ (Auflage: 138 500, gegründet 1952), durch das offizielle NPD-Organ „Deutsche Nachrichten“ (Auflage: 43 000, gegründet 1951) und die mit ihr verbundene „Deutsche Wochenzeitung“ (gegründet 1959) vertreten wird. Weitgehende, wenn nicht gar prinzipielle Ablehnung der in der Bundesrepublik verwirklichten Ordnung und Nichtanerkennenwollen der für die deutsche Nachkriegssituation verantwortlichen Ursachen sind wohl die häufigsten Stereotypen in dieser radikalen Publizistik. Folgerichtig überwiegen die Anti-Haltungen: die Abneigung gegenüber der Idee des Parlamentarismus wird ergänzt durch Opposition gegen die Grundsätze der deutschen Außenpolitik, insbesondere gegen die Verflechtung der Bundesrepublik mit dem westlichen Bündnissystem. Die negativen Einstellungen gegenüber dem Nachkriegsstaat äußern sich ferner in der unentwegten „Personalisierung“ der politischen Gegnerschaft, in einer gezielten, nicht mehr sachlich argumentierenden Diskriminierung und Diffamierung einzelner führender Persönlichkeiten des politischen, kulturellen oder gewerkschaftlichen Lebens³³.

³¹ Die Zeit, Nr. 24, 13. 6. 1969.

³² Vgl. z. B. Eckart Spoo, Entscheidend ist der Haß auf alles, was links ist. Die Ansichten des „Bayernkurier“ unterscheiden sich nur selten von denen der NPD-Blätter, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 105, 7. 5. 1969.

³³ Vgl. u. a. Friedrich J. Brüder, DN – Deutsche Nachrichten. Ein Sprachrohr des Rechtsradikalismus. Eine Studie zur Propagandatechnik und -methode (Mainz 1969) bes. S. 51 ff.; Heribert Kohl, Die „Deutschen Nachrichten“. Eine politologisch-soziologische Analyse des publizistischen Organs der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift 8 (1967) 277 ff.

Ähnlich wie die Wochenblätter der äußersten Linken sieht die rechtsradikale Wochenpresse ihr Ziel darin, ihre Leser von der Notwendigkeit gesellschaftspolitischer Umwälzungen zu überzeugen und ein verzerrendes Klischeebild des gegenwärtigen Zustands aufzubauen. Sie bedient sich fortgesetzt des Schlagworts und des Appells an Emotion und Ressentiment; sie zieht die Sprache übersteigerter Unduldsamkeit dort vor, wo die seriöse Publizistik rational begründet und sachlich wägt.

Die politischen Wochenzeitungen mit konfessioneller Orientierung

Neben den einer politischen Partei nahestehenden Wochenschriften zählen die konfessionell orientierten Blätter zu der einflußreichsten Gruppe innerhalb der Wochenpresse. Älteste Wochenzeitung dieses Typs ist der 1946 gegründete, jetzt von Otto B. Roegele geleitete „*Rheinische Merkur*“ (Auflage: 66 100), der als Verfechter eines politisch aktiven Katholizismus auftritt³⁴ und sich zu den von Joseph Görres einst vertretenen staatspolitischen Maximen bekennt. Nachdrücklicher, als es die Programme anderer politischer Wochenzeitungen widerspiegeln, sieht sich der „*Rheinische Merkur*“ als Protagonist des Staatsgedankens: „Von allen politischen Wirkungen, die dieses Blatt hervorgebracht oder gefördert hat, sind jene am deutlichsten nachweisbar, die sich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland niedergeschlagen haben“³⁵.

Die politische, zumal außenpolitische Grundtendenz des „*Rheinischen Merkur*“ ist ein eher defensives Denken, das einer abrupten Abkehr von der durch Adenauer begründeten Staats- und Gesellschaftskonzeption abhold ist. Als eine vorrangige Aufgabe wird demgemäß die Intensivierung der europäischen Einigung angesehen, wohingegen andere kontinentale Probleme zurückzutreten haben. In jenen Jahren, da Diskussionen um die Deutschlandpolitik aktuell waren, ließ diese Wochenzeitung keinen Zweifel darüber bestehen, welcher Frage sie Priorität zugestand. Somit ist sie Fürsprecherin und Wortführerin all derjenigen gewesen, die sich gegenüber der offiziellen Neuformulierung des außenpolitischen Kurses nach 1965/66 skeptisch verhielten. „Nie hat der ‚*Rheinische Merkur*‘ diesen Staat als kurzlebiges Provisorium erachtet, dessen Lebensfragen man mit leichter Hand erledigen könnte – eine Haltung, die ihm in früherer Zeit den Vorwurf nationaler Lauheit eintrug, übrigens aus den gleichen Kreisen, die heute gelegentlich beanstanden, daß der ‚*Rheinische Merkur*‘ nicht rasch genug bereit sei, ‚erstarrte Positionen‘ aufzugeben, ‚notwendige Verzicht‘e auszusprechen und eine ‚bewegliche Politik‘ mitzumachen.“³⁶

³⁴ Vgl. Pressel a. a. O. 186.

³⁵ Otto B. Roegele, Was will der „*Rheinische Merkur*“? Bilanz und Ausblick nach 20 Jahren, in: *Rheinischer Merkur*, Nr. 11, 11. 3. 1966.

³⁶ Ebd.

Politische Probleme werden weit häufiger als Fragen des konfessionellen Lebens und der Religion erörtert, worin sich der „Rheinische Merkur“ nicht von den übrigen typologisch ihm verwandten Wochenblättern unterscheidet³⁷. Was aber den „Rheinischen Merkur“ ebenso wie die anderen konfessionell orientierten Wochenzeitungen von den parteiorientierten oder -gebundenen Wochenschriften abgrenzt, ist die Verbindung des religiösen mit dem politischen Engagement.

Eine zweite katholische Wochenschrift erschien erstmals im September 1968, die vielfach als Konkurrenzorgan zum „Rheinischen Merkur“ betrachtet worden ist. Eingehende Voruntersuchungen und sorgfältige Erkundung des potentiellen Lesemarkts hatten den Initiatoren dieser neuen Wochenzeitung, die nach etlichem Zögern den Titel „Publik“ erhielt, die Gewißheit gegeben, daß einem zweiten Blatt mit katholischer Tendenz, ansprechendem journalistischem Niveau, doch ohne allzu offensichtliche Bindung an den Klerus, Chancen eingeräumt werden konnten. Ganz offensichtlich wollte die Redaktion das äußere Bild von „Publik“ von dem anderer Zeitungen abheben, das von Anbeginn durch unkonventionelle Aufmachung, durch ostentative Suche nach anregenden Darstellungsformen und durch Bildbeilagen charakterisiert war.

Bereits vor dem Erscheinen von „Publik“ entspann sich eine Kontroverse mit dem „Rheinischen Merkur“. Hierfür waren vermutlich in erster Linie nicht Konkurrenzgründe maßgebend. Mehr noch mögen parteipolitische Überlegungen die Ursache gewesen sein, konnten doch die Christlichen Demokraten schwerlich an einer Schwächung des „Rheinischen Merkur“ Interesse haben, der zwar niemals als Parteiorgan im Sinn des sozialdemokratischen „Vorwärts“ fungiert, stets aber mit den Grundlinien der CDU-Politik offen sympathisiert und diese unterstützt hatte. Die Befürchtung wurde laut, daß sich „Publik“ als Zeitung der katholischen Bischöfe möglicherweise eher durch die „Suche nach der Distanzierung von den christlichen Parteien“ (so der „Bayernkurier“) zu erkennen geben wollte.

Die Gründung eines Konkurrenzorgans wurde vom „Rheinischen Merkur“ auch deshalb kritisch beurteilt, weil die überwiegende Mehrheit der katholischen Bevölkerung auf politischer Ebene für eine bikonfessionelle Partei votiere und die katholische politische Presse nicht einen Zustand reflektieren solle, der den politischen Gegebenheiten schon längst nicht mehr entspräche³⁸.

Seit ihrer Gründung hat sich die Wochenzeitung „Publik“ jedoch sehr rasch einen achtungsgebietenden Rang innerhalb der deutschen Wochenpresse erringen können. Fast 43 000 Abonnenten und ungefähr 15 000 regelmäßige Käufer vermögen allerdings noch nicht die Wirtschaftlichkeit dieses Blatts zu sichern, die erst bei einer Auf-

³⁷ Pressel (a. a. O. 74) hat in einer quantitativen Analyse ermittelt, daß nur 1,8 % der erfaßten Untersuchungseinheiten religiöse Themen zum Gegenstand hatten, hingegen 17,6 % politische und 14,8 % Wirtschaftsprobleme behandelten.

³⁸ Der Angriff des „Rheinischen Merkur“ erschien in der Ausgabe vom 12. 4. 1968. Vgl. auch: „Publik“ zeigt ihr Gesicht – Der „Rheinische Merkur“ attackiert das neue katholische Blatt, in: Handelsblatt, Nr. 48, 11. 4. 1968.

lage von 140 000 gewährleistet wäre. Das gibt natürlich den Kritikern dieser Wochenschrift einige ernstzunehmende Argumente an die Hand. Trotz der finanziellen Schwierigkeiten wurde im November 1969 durch die Zusage einer Reihe von Diözesen das Startkapital aufgestockt. „Den Ausschlag für die positive Entscheidung“, so stellte das „Handelsblatt“ in seiner Ausgabe vom 12. November 1969 fest, „mag die Überlegung gegeben haben, daß sich die katholische Kirche unter dem Aspekt ihrer ‚Demokratisierung‘, vor allem auch angesichts der gesellschaftlichen Wandlungen, die von der SPD/FDP-Regierung noch forciert werden sollen, den Verzicht auf eine welt-offene Stimme aus Frankfurt nicht leisten konnte.“

Mit dem Erscheinen einer zweiten katholischen Wochenschrift ist, im Grund genommen, ein Zustand hergestellt worden, der auf seiten der protestantischen politischen Wochenpresse seit zwei Jahrzehnten besteht.

Die von Eugen Gerstenmaier herausgegebene Wochenzeitung „*Christ und Welt*“ (Auflage: 169 300, gegründet 1948) und das von Hanns Lilje edierte „*Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt*“ (Auflage: 142 100, gegründet 1948) neigen beide zu einer politisch gemäßigten Haltung. Sie können insofern „konservativ“ genannt werden, als sie die Glaubenslehre und die Praxis des protestantischen Christentums nur in behutsamer Weise den zeitgeschichtlichen gesellschaftspolitischen Wandlungen anzupassen suchen und dem allzu reformsüchtigen „Fortschritts“eifer und Dogmatismus mancher evangelischer Christen zurückhaltend gegenüberstehen.

Protestantische Wochenzeitungen vermeiden – bei grundsätzlicher Bejahung der existierenden Staats- und Gesellschaftsordnung – eine allzu enge Identifizierung mit einer bestimmten politischen Partei. Nicht selten stellen sie sich in Opposition zu Tendenzen in Staat und Politik und sehen sich als Forum des Protests. Protest wird als ein unumgängliches Element des Lebens anerkannt, als Kundgabe einer ausschließlich humanitären und ethisch fundierten, nicht jedoch einer ziellos destruktiven Einstellung. „Den Sinn für diese Form des Protestes, den Willen zur ständigen Verwandlung kann und muß ein Wochenblatt des Protestantismus ‚provizieren‘. Wenn es das will, dann muß es das lebendige Wechselspiel zwischen der in Institution gefaßten Kirche und der Pluralität anderer protestantischer Kräfte fördern, indem es durch sorgfältige Analysen sichtbar macht, was im Umkreis der Kirchen geschieht und ans Licht drängt.“³⁹ Viele Kräfte und Gruppierungen des Protestantismus sehen sich aber zu eindrucksvoller Dokumentation und Repräsentation nicht imstande. Es fehlt ihnen eine Öffentlichkeit, in der die kritische Diskussion ihren angemessenen Platz hat, in der sich Urteils- und Willensbildung vollziehen kann. Eine solche Gelegenheit zu vermitteln, kann Aufgabe einer protestantischen Wochenzeitung sein – als Stellvertreterin all jener Strömungen, die nicht über ein Forum gemeinsamer Bewußtseinsklärung gebieten.

³⁹ Heinz Eduard Tödt, Protest zugunsten des Lebens – Die Aufgabe der protestantischen Wochenzeitung, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 8, 25. 2. 1968.

Repräsentation ist Anliegen auch der „*Allgemeinen Unabhängigen Jüdischen Wochenzeitung*“ (vormals: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland; gegründet 1946, Auflage 32 000), die neben den katholischen und protestantischen Blättern in die Kategorie der konfessionell orientierten politischen Wochenpresse einzureihen ist. Sie will vornehmlich Fürsprecherin der Bürger jüdischen Glaubens sein, darüber hinaus der christlich-jüdischen Aussöhnung und Zusammenarbeit dienen: „Sie muß wachen und warnen, wenn alt-neue Gefahren auftauchen. Sie muß für die moralische und politische Reinheit, nach innen und nach außen, kämpfen. Sie muß kritisieren . . . attackieren . . . aber auch Anerkennung aussprechen . . . Sie muß fortlaufend informieren, jüdische Kulturwerke vermitteln, Ideale stärken, das Schöne fördern und das Häßliche bekämpfen.“⁴⁰

Im Unterschied zu den übrigen Wochenzeitungen konzentriert sich dieses Blatt auf die eigentlichen Repräsentationsaufgaben. Aus diesem Grund ist die Universalität der politischen Berichterstattung merklich begrenzter als die vergleichbarer katholischer oder protestantischer Wochenschriften.

Der Typus der nicht partei- oder konfessionsorientierten Wochenzeitung

Der überwiegende Teil der politischen Wochenpresse in der Bundesrepublik bekennt sich zu politischen Parteien, Organisationen oder Konfessionen. Fast alle Wochenzeitungen lassen sich unschwer einer klar umrissenen politischen oder religiösen Einstellung zuordnen. Dadurch weist die deutsche Wochenpresse in typologischer Sicht eine profiliertere Struktur auf als die Tagespresse und ist weit eher ein genaues Abbild der in der deutschen Öffentlichkeit maßgebenden politischen Denkweisen oder kirchlichen Glaubensrichtungen.

Im Gegensatz zu den partei- oder konfessionsorientierten Wochenzeitungen lehnt die Hamburger „*Zeit*“, deren Erstausgabe bereits im Februar 1946 erschien, jede Bindung an politische oder religiöse Gruppierungen ab. Schwierigkeiten mit der Besatzungszensur, Auseinandersetzungen zwischen den Herausgebern um den politischen Kurs des Blatts, Sorgen finanzieller Art sowie Rechtsstreitigkeiten um die Herausgeberschaft begleiteten die Entwicklung der seit 1957 von Gerd Bucerius allein geleiteten Wochenschrift, deren heutige Auflageziffer von 311 500 die der übrigen Wochenblätter klar übertrifft. Durch Leserschaftsuntersuchungen ist erkundet worden, daß „*Die Zeit*“ außerordentlich große Resonanz unter der jüngeren Generation findet, wobei die akademische Jugend einen hohen Prozentsatz stellt. Wie bei den meisten anderen Wochenzeitungen von Niveau sind unter der Leserschaft die höheren Bildungsschichten im Verhältnis zum Bevölkerungsdurchschnitt auffällig stark vertreten.

⁴⁰ Josef Fraenkel, Die jüdische Presse und die „Allgemeine“, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Nr. 50, 11. 3. 1966.

„Die Zeit“ bezeichnet als Kernpunkt ihres Selbstverständnisses eine „liberale“ Redaktionspolitik: sie will offen sein für sämtliche Meinungen und Denkschulen, die Anspruch auf Beachtung und Geltung in der politischen Öffentlichkeit erheben können. Zu dem Erfolg dieser Zeitung hat jedoch in gleichem Maß beigetragen, daß sie nach ihrer frühzeitigen Gründung wohl am ehesten den Wunsch eines breiten, bildungsmäßig qualifizierten Publikums nach gründlichen, über die Meldungen der Tagesjournalistik hinausgehenden Informationen erkannte und eine ansehnliche, für ihr jeweiliges Fachgebiet kompetente Anzahl von Mitarbeitern gewann.

Unvoreingenommen und vorurteilsfrei wollte „Die Zeit“ nach eigener Aussage stets sein. Sie scheute sich nicht, „im politischen Teil eher mit den SPD-, im wirtschaftlichen mit den CDU- und im kulturellen mit den FDP-Vorstellungen zu sympathisieren“⁴¹. Doch ist in der Rückschau auf zwei Jahrzehnte „Zeit“-Geschichte selbst eine solche Formulierung anfechtbar. Am ehesten dürfte die Haltung dieser Wochenzeitung mit der Abneigung, sich auf irgendeinen parteipolitischen Kurs überhaupt festlegen zu lassen, umschrieben werden. Sie wollte frei bleiben auch für rasche Änderungen der redaktionellen Linie, sobald die Tatsachen dies als geraten anzeigten, und wehrte sich dagegen, politische Dogmen oder weltanschauliche Glaubensbekenntnisse als Maßstab der Wertung zu nehmen. „Schwarz und Rot sind Farben für sie – sonst nichts. Richtschnur ihres Handelns ist die Vernunft.“⁴²

Werden hier aber nicht im Grund parteipolitische Bindung oder parteiliche Überzeugung und ein an „rationalem“ Denken ausgerichteter Journalismus allzu vorschnell als Antonyme gesetzt?

„Die Zeit“ blieb als Meinungsblatt pragmatisch, wo konkurrierende Wochenschriften als Gesinnungsblätter Argumentation mit werbendem Appell verbanden. Sie bewahrte Distanz, wo andere Wochenzeitungen, denen es nicht gegeben ist, „in eine kühle oder unterkühlte Neutralität auszuweichen“⁴³, das erklärte Engagement bevorzugten.

Doch haben alle Blätter der Wochenpresse – unabhängig von ihrer politischen oder konfessionellen Tendenz und ihrem redaktionellen Programm – ohne Unterschied stets nach Teilhabe an der öffentlich sich vollziehenden Willensbildung und nach Einfluß auf die politisch meinungsführenden Schichten gesucht und danach getrachtet, als „elitäre Presse“ in Konkurrenz mit anderen politischen Eliten zu treten⁴⁴. Als Beispiel meinungsbildender Publizistik gebührt den Wochenzeitungen eine ähnliche Auszeichnung, wie sie den politischen Journalen zuerkannt worden ist: „Aufklärung verbreitend, treten sie auf als periodisch gedruckte Niederschriften der Zeit, als Schriften zur und über die Zeit.“⁴⁵

⁴¹ Meyn a. a. O. 46.

⁴² Anzeige der „Zeit“, in: Zeitungsverlag und Zeitschriftenverlag (ZV + ZV) 60 (1963) 261. Vgl. auch: Pressel a. a. O. 44 f.

⁴³ Sängner a. a. O.

⁴⁴ Vgl. Heinrich Scholler, Person und Öffentlichkeit. Zum Spannungsverhältnis von Pressefreiheit und Persönlichkeitsschutz (München 1967) 54 f.

⁴⁵ Wilmont Haacke, Erscheinung und Begriff der politischen Zeitschrift (Tübingen 1968) 6.